

### Putins personalisierte Macht im Krieg

Burkhardt, Fabian

Preprint / Preprint

Zeitschriftenartikel / journal article

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Burkhardt, F. (2023). Putins personalisierte Macht im Krieg. *Mittelweg* 36, 32(3-4), 30-56. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-86918-9>

**Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

**Terms of use:**

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Autorenversion

# Putins personalisierte Macht im Krieg

Fabian Burkhardt

Zeitschrift	Mittelweg 36
ISSN	0941-6382
Heftnummer/ Jahr	Heft 3-4 (Juni/Juli 2023)
Seitenzahl	30-56
Herausgeber	Hamburger Institut für Sozialforschung
Empfohlene Zitierung	Burkhardt, Fabian. „Putins personalisierte Macht im Krieg“, in: Mittelweg 36, Heft 3-4, 2023, S. 30-56.

## Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND 4.0 Lizenz (Namensnennung- Nicht kommerziell-Keine Bearbeitungen 4.0 International) zur Verfügung gestellt. Mehr Informationen zur Lizenz sind zu finden unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

## Terms of use:

This document is available with a CC BY-NC-ND 4.0 licence (Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International). For more details see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

## Weitere Anmerkungen

Die Seitenzahl der Originalpublikation wurde im Dokument in eckigen Klammern fett ergänzt (z.B. **[Seite 30]** markiert den Beginn der Seite 30).

Fabian Burkhardt

## Putins personalisierte Macht im Krieg

»Die Worte des Präsidenten sind gewichtiger als jeder Präsidialerlass.« So begründete Anfang Dezember 2022 Andrej Klischas, der Vorsitzende des Ausschusses für Verfassungsgesetzgebung und Staatswesen des Föderationsrats, der oberen Kammer des russischen Parlaments, warum es derzeit keinen weiteren Erlass bräuchte, um die im September 2022 per Ukas verkündete »Teilmobilmachung«<sup>1</sup> von Reservisten zu beenden. Hatte doch Putin auf einer Pressekonferenz Ende Oktober öffentlich erklärt, dass die Mobilmachung abgeschlossen sei. In der Praxis wurden gleichwohl weiterhin Soldaten einberufen, um die stark gelichteten Reihen der russischen Armee im Krieg gegen die Ukraine aufzufüllen. Würde sich ein Kriegsdienstverweigerer auf die Worte Putins berufen, um den Fängen der Rekrutierungsbüros zu entgehen, so würde er mit Verweis darauf, dass es keinen Präsidialerlass über die Beendigung der »Teilmobilmachung« gäbe, unter Androhung von strafrechtlichen Konsequenzen dennoch eingezogen.

Das Beispiel verdeutlicht, wie präsidiale Macht in einem derart stark personalisierten autoritären<sup>2</sup> Regime wie dem zeitgenössischen russischen funktioniert: Putin hat Russland auf einen langen Krieg mit der Ukraine und dem Westen als Ganzes eingestellt. Die prinzipielle Stärke des Regimes besteht im langen Planungshorizont des Autokraten, der durch die Verfassungsänderungen im Jahr 2020 unmissverständlich bis auf das Jahr 2036 ge- **[Seite 31]** streckt wurde. Während westliche Unterstützerstaaten der Ukraine die Befindlichkeiten ihrer Wählerschaft berücksichtigen, mit Regierungswechseln wie möglicherweise in den USA bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen rechnen und im Rahmen der EU beziehungsweise NATO viel Zeit und Schlagkraft kostende Kompromisse eingehen müssen, kann Putin derweilen ohne merkliche Einbußen in Bezug auf die Regimestabilität die »Kollateralschäden« des Krieges verkraften. Putin stellt Russland nach dem gescheiterten Blitzkrieg Schritt für Schritt darauf ein, den Krieg so lange zu führen, wie er es für nötig hält. Die derzeitige Stärke beruht auf einer Reihe von Ressourcen, auf die das Regime bauen kann: Der Staatsapparat erfüllt seine Grundfunktionen und bleibt loyal, die Mittelschicht ist seit Jahren immer stärker an den Staat gebunden und fordert aufgrund dieser Abhängigkeit schon lange keine Rechte mehr ein. Die Gesellschaft ist atomisiert und außerhalb

---

<sup>1</sup> »Teilmobilmachung« wird in Anführungszeichen gesetzt, da dieser Begriff aus dem Propagandaarsenal des russischen Staates stammt. Der Zusatz »Teil-« soll der Bevölkerung signalisieren, dass nur wenige Reservisten betroffen sind. Die Zahl der Einzuberufenden wurde allerdings nur mündlich verkündet, wobei der Abschnitt des Erlasses, der sich auf die Anzahl derer bezieht, die ab September eingezogen werden sollten, als geheim eingestuft wurde. Die sogenannte Teilmobilmachung kann also unterschwellig beliebig ausgeweitet werden und unverhofft auch in eine Generalmobilmachung münden.

<sup>2</sup> In diesem Text werden die Begriffe autoritäres Regime, Autoritarismus, Autokratie und Diktatur in Anlehnung an die gängige Praxis in der zeitgenössischen vergleichenden Politikwissenschaft als Synonyme verwendet, Diktatur ist also keine Steigerungsform von autoritärem Regime. Ich vertrete die These, dass in Russland trotz Krieg noch kein Übergang zu einem anderen Regimetyp stattgefunden hat. Einige Elemente wie Propaganda, Indoktrination, Vernichtungsrhetorik und ideologische Versatzstücke sowie Repressionen gegen Andersdenkende und immer tiefere Eingriffe des Staates in das Privatleben der Bürger haben zugenommen. Dies bedeutet aber noch keinen Übergang zum Totalitarismus, der eigentlichen Steigerungsform des Autoritarismus. Der Regimetypus »personalistisches Regime« kann vielmehr sowohl den Weg in den Krieg als auch die Reaktion des russischen Staates und der Gesellschaft darauf hinreichend erklären.

der Metropolen in weiten Teilen arm, die Mehrheit passt sich der Politik an oder zieht sich ins Private zurück. Kriegsgegner wie auch Hurratrioten sind durch Repressionen eingeschüchtert, die derzeit noch offenen Landesgrenzen sorgen als Ventil dafür, dass Unzufriedene das Land verlassen, statt in Russland Druck aufzubauen. Der Anteil des Staates in der Wirtschaft ist so groß, dass die Oligarchen entmachtet und Ressourcen ausschließlich an loyale Kumpane verteilt werden. Gleichzeitig besteht noch so viel privatwirtschaftliche Flexibilität und Initiative, dass russische Unternehmen bereitwillig die Marktlücken füllen, die westliche Konzerne hinterlassen haben, und erfindungsreich neue Lieferketten ausklügeln, um den heimischen Markt mit sanktionierten Produkten zu bedienen.

Als Putin im Februar 2022 den Angriffskrieg gegen die Ukraine vom Zaun brach, der in größter Geheimhaltung geplant worden war,<sup>3</sup> stieß dies in Russland nicht nur auf wenig Widerstand, sondern auf Zustimmung oder **[Seite 32]** zumindest Akzeptanz. Andererseits verlief dieser Krieg nicht nach Plan. Auf Hybris folgten Demütigungen, und der mit dezisionistischer Wucht eingeleitete Angriff auf die Ukraine mündete in überhasteten und bisweilen unkontrollierten Rückzügen, welche die Schwächen des Oberkommandos, die infolge von Korruption gescheiterte Modernisierung des Militärs, die niedrige Kampfmoral der russischen Soldaten und ihre in zahlreiche Kriegsverbrechen mündende Vernichtungswut offenbarte. Nach einer Reihe von Niederlagen und dem Rückzug aus dem besetzten ukrainischen Oblast Charkiw sah sich Putin gezwungen, die erste Mobilmachung in Russland seit dem Zweiten Weltkrieg auszurufen.

Das Paradox der Macht, das darauf hindeutet, dass Russlands Präsident gleichzeitig »stark« und »schwach« sein kann, war für Beobachter des personalistischen Regimes in Russland keineswegs neu. Lilia Shevtsova beschrieb den Boris Jelzin der 1990er-Jahre als einen »ohnmächtigen, allmächtigen« Präsidenten.<sup>4</sup> Analog dazu wiesen Forscher wie Timothy Frye mit griffigen Konzepten wie der »schwache starke Mann«<sup>5</sup> oder Stephen Kotkin mit der »Schwäche des Despoten«<sup>6</sup> auf die Defizite stark personalisierter Herrschaft hin. Das vermeintliche Paradox der Macht lässt sich auflösen, betrachtet man präsidentiale Macht nicht als gegebene Eigenschaft eines bestimmten Präsidenten – etwa: schwacher Jelzin, starker

---

<sup>3</sup> Inzwischen ist etwa aus Untersuchungen des Royal United Services Institute (RUSI) bekannt, dass Putin im Juli 2021 mit den konkreten Kriegsvorbereitungen begonnen hat. Ab diesem Zeitpunkt muss also ein immer größerer Kreis an Personen in die Planungen eingebunden gewesen sein. Der russische Staatsapparat erwies sich als derart löchrig, dass die US-amerikanischen Geheimdienste schon bald ein umfassendes Bild von Putins Plänen gewinnen konnten. Die Gewissheit war so groß, dass CIA-Chef Bill Burns Anfang November eigens nach Moskau fuhr, um die russische Führung von der Kriegsentscheidung abzubringen und auf die Konsequenzen hinzuweisen. Gleichzeitig warnte die US-Administration zunehmend auch die Weltöffentlichkeit, dass eine russische Invasion der Ukraine bevorstehen könnte. Dennoch ist plausibel, dass für Personen im russischen System Putins Absichten weniger offensichtlich waren als von außen betrachtet. Putin streut Informationen geschickt zwischen Organen und Verantwortlichen, sodass mit Ausnahme von wenigen Eingeweihten niemand über das eigentliche Ziel im Bilde ist. So versicherten auch russische Experten für Innen- und Außenpolitik, die im Westen Gehör fanden, selbst Mitte Februar 2022 noch, dass keine russische Invasion bevorstehe. Als der Chef der größten russischen Staatsbank Sber Herman Gref und einige weitere führende Technokraten Putin einen Monat vor dem Krieg vor den Konsequenzen westlicher Sanktionen im Falle einer Eskalation warnten, gingen diese wohl eher von einer auf den Donbas begrenzten Invasion aus als von einem großflächigen Krieg mit einer Frontalattacke auf Kyjiw.

<sup>4</sup> Lilia Shevtsova, »The Problem of Executive Power in Russia«, in: Journal of Democracy 11 (2000), 1, S. 32–39, hier S. 35.

<sup>5</sup> Timothy Frye, Weak Strongman. The Limits of Power in Putin's Russia, Princeton, NJ 2021.

<sup>6</sup> David Remnick, »The Weakness of the Despot«, in: The New Yorker, 11. 3. 2022; online unter: <https://www.newyorker.com/news/q-and-a/stephen-kotkin-putin-russia-ukraine-stalin>.

Putin –, sondern als ein vielgestaltiges Phänomen,<sup>7</sup> für dessen Bewertung es entscheidend ist, welche Politikfelder, welche Indikatoren von präsidentialer Macht zu welchem Zeitpunkt zur Analyse herangezogen werden. Putin wirkt stark, weil er einen Krieg beginnen konnte, der im Land trotz seiner einschneidenden Folgen nur auf geringen Widerstand stößt. Gleichzeitig ist er schwach, weil er seine selbstgesteckten Ziele – etwa die Verbesserung des Lebensstandards der russischen Bevölkerung (zum Beispiel der Reallöhne) – nicht erreicht, weil er zunehmend mit Repressionen und Indoktrinierung regieren muss, um Dissens zu eliminieren. Es geht hierbei nicht darum, Putin ins Gehirn zu schauen oder Kremlastrologie zu betreiben, sondern die Funktionsweise des personalistischen Regimes zu verdeutlichen.

Daher ist es sinnvoll, das Augenmerk auf die Entwicklung des Regimes und dessen Deinstitutionalisierung beziehungsweise Personalisierung in den letzten zwei Jahrzehnten unter Putin zu legen. Produktiv ist dafür das **[Seite 33]** Konzept der Regimepersonalisierung, also der graduell fortschreitenden Entgrenzung der exekutiven Macht. Die vergleichende Forschung hat herausgearbeitet, wie sich personalistische und stark personalisierte Regime innen- und außenpolitisch tendenziell verhalten, teils unabhängig davon, ob es sich um ein personalistisches oder parteibasiertes autoritäres Regime, eine Monarchie oder Militärjunta handelt. Russland zeigte vor und nach dem 24. Februar viele Eigenschaften, die hoch personalisierten Regimen zugeschrieben werden: schlechte Regierungsführung und erratische Entscheidungsfindungsprozesse, innenpolitische Repressionen und außenpolitische Aggressivität. Das Konzept der Regimepersonalisierung bietet somit einen Rahmen für die Analyse sowohl der Entscheidung zum Krieg als auch der innenpolitischen Reaktionen in Russland selbst nach dem 24. Februar 2022. Dabei soll es jedoch nicht darum gehen, den Krieg monokausal zu erklären. In der Gesamtbetrachtung wären noch weitere Aspekte zu berücksichtigen – etwa das imperiale Erbe aus Zarenreich und Sowjetunion oder Russlands Sicherheitsinteressen im postsowjetischen Raum im Kontext der globalen Machtverschiebungen aufgrund des Ordnungskonflikts zwischen den USA und China. Auch bedeutet der Fokus auf Regimepersonalisierung nicht, dass es sich lediglich um »Putins Krieg«, nicht aber um »Russlands Krieg« handelt, vereinfacht doch diese dichotomische Gegenüberstellung viel zu sehr. Das Konzept der Regimepersonalisierung ermöglicht es, die »Anatomie der Entscheidungsfindung«<sup>8</sup> zu erklären und jene strukturellen Bedingungen zu veranschaulichen, die eine Mobilisierung von Teilen der Elite und Gesellschaft gegen diesen Krieg so kompliziert machen.<sup>9</sup>

Schon die Art und Weise, in der Putin am 21. Februar 2022 während der öffentlichen Sitzung des nationalen Sicherheitsrats dessen hochrangige Mitglieder brüskierte und die offensichtlich schon vorher im engsten Zirkel gefällte Entscheidung über die Anerkennung der Unabhängigkeit der selbsterklärten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk absegnen ließ, die den Angriff auf die Ukraine einläutete, zeugt von der entgrenzten Personalisierung des Regimes. Russlands nationaler Sicherheitsrat war eben kein kollektives Gremium mehr – im

---

<sup>7</sup> Fabian Burkhardt, »Institutionalising Authoritarian Presidencies. Polymorphous Power and Russia's Presidential Administration«, in: *Europe-Asia Studies* 73 (2021), 3, S. 472–504.

<sup>8</sup> Vladimir Gel'man, »Why the Kremlin Invaded Ukraine«, in: *Riddle Russia*, 12. 3. 2022; online unter: <https://ridl.io/why-the-kremlin-invaded-ukraine/>.

<sup>9</sup> Fabian Burkhardt, »Das System Putin. Regimepersonalisierung in Russland und der Krieg gegen die Ukraine«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72 (2022), 28–29, S. 35–41; online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/krieg-in-europa-2022/510256/das-system-putin/>.

Gegensatz zum sowjetischen Politbüro, in dem wegweisende Entscheidungen vorher kontrovers diskutiert wurden –, sondern eher ein Koordinationsforum, in dem nach den vom autoritären Herrscher getroffenen Entscheidungen die Arbeitsverteilung festgelegt wird. Die nächsten Monate sollten zeigen, dass diese zentralisierte Entscheidungsfindung Koordinationsprobleme im russischen Militär beförderte, sodass **[Seite 34]** die russische Armee sich schon Anfang April wieder aus den ukrainischen Gebieten Kyjiw, Chernihiw und Sumy zurückziehen musste. Der vermeintlich grenzenlosen Macht des autoritären Herrschers wurden ein weiteres Mal Grenzen aufgezeigt, in diesem Fall von der Ukraine.

## Russland als personalistisches autoritäres Regime

Die vergleichende Politikwissenschaft stuft Russland als elektorales personalistisches autoritäres Regime ein. Personalistische Regime unterscheiden sich von Einparteienregimen und Militärdiktaturen dadurch, dass der Zugang zu Wahlämtern und Ressourcen, die dank dieser Ämter abgeschöpft werden können, primär von einer herrschenden Person abhängig ist. Zentrale Personal- und Politikentscheidungen liegen nahezu ausschließlich in der Hand des Autokraten. Elektoral bedeutet, dass das Präsidentenamt und Parlamentsmandate durch Wahlen vergeben werden, die jedoch nicht unter fairen und freien Bedingungen stattfinden. Regimepersonalisierung ist der Prozess der stetigen Machtakkumulation durch einen autoritären Herrscher, wobei die relative Macht anderer Institutionen und Akteure stetig abnimmt. Es gibt allerdings keinen allgemein akzeptierten Katalog von Indikatoren für die Vermessung der Regimepersonalisierung.<sup>10</sup> Speziell für den russischen Fall sprechen die Politologen Alexander Baturo und Johan Elkink von vier Säulen der Personalisierung:<sup>11</sup> Dauerhaftigkeit, Medienpersonalisierung, Deinstitutionalisierung und die Ausrichtung der Patronagenetzwerke<sup>12</sup> auf Putin. Die Dauerhaftigkeit des autoritären Herrschers an der Macht ist insbesondere an der Umgehung von Amtszeitbeschränkungen auszumachen, die Putin mit der Verfassungsreform von 2020 einen Zeithorizont bis 2036 verschafft. Medienpersonalisierung kann im Extremfall zu einem Personenkult führen, Putin galt jedoch lange Zeit als Paradebeispiel für einen »spin dictator«,<sup>13</sup> der die gesellschaftliche Kontrolle durch Medienzensur, postmoderne Propaganda und Celebrity-Status erzielte, ohne auf **[Seite 35]** Personenkult, kohärente Ideologie und stalinistische Massenrepression setzen zu müssen. Im Zuge der Deinstitutionalisierung werden formale Institutionen wie Wahlen, Parlamente oder Parteien kontinuierlich ausgehöhlt und persönliche Beziehungen und Netzwerke bestimmend. Durch den Ausbau der Machtvertikale in den föderalen Beziehungen

---

<sup>10</sup> Barbara Geddes / Joseph Wright / Erica Frantz, *How Dictatorships Work. Power, Personalization, and Collapse*, Cambridge 2018.

<sup>11</sup> Alexander Baturo / Johan A. Elkink, *The New Kremlinology. Understanding Regime Personalization in Russia*, Oxford 2021.

<sup>12</sup> Hierbei ist zu beachten, dass jegliche Patronage personalisiert ist, weil es sich um eine Beziehung zwischen Akteuren handelt, die nicht vorrangig über formale Institutionen geregelt ist. Die Personalisierung der Patronage bezieht sich dabei auf das Regime als Ganzes: In einem institutionalisierten Regime konkurrieren zwei oder mehrere Patronagenetzwerke und hegen sich gegenseitig ein. Schafft es ein Patron, das Regime zu personalisieren, alle anderen Patrone auszuschalten und deren Klienten auf sich zu orientieren, so kontrolliert er nicht nur den Ressourcenfluss im Regime, sondern auch das Regelwerk beziehungsweise den Grad der Willkür, mit dem Ressourcen verteilt werden.

<sup>13</sup> Sergei Guriev / Daniel Treisman, *Spin Dictators. The Changing Face of Tyranny in the 21st Century*, Princeton, NJ 2022, S. 77.

zwischen Zentrum und den Regionen sowie in der Bürokratie blieb jedoch ein stark institutionalisierter Kern des Regimes erhalten,<sup>14</sup> der allerdings sukzessive dadurch untergraben wird, dass Posten in Staat und Staatsunternehmen vorrangig nach dem Prinzip der Loyalität und weniger nach Kompetenz verteilt werden. Außerdem zeichnet sich Putins Russland durch zunehmende Personalisierung der Patronage aus: Während in den 1990er-Jahren noch mehrere oligarchische Patronagenetzwerke konkurrierten, wurde Putin mit den Jahren mit seinen durchweg hohen Zustimmungswerten zum zentralen Patron, dem sich alle anderen Netzwerke unterordnen mussten, um weiter Zugang zu den staatlichen Finanzströmen und Aufträgen zu erhalten.

Einige zentrale Einsichten über personalistische Regime bestätigten sich am Vorabend des Krieges. Zum einen ist Russland unter Putin durch »schlechte Regierungsführung« – bad governance – gekennzeichnet, was vor allem auf die hemmungslose Kleptokratie der herrschenden Klasse zurückzuführen ist.<sup>15</sup> Für diese Gewinnerkoalition besitzt die Konservierung des Status quo oberste Priorität, um ihre Pfründe zu erhalten, selbst wenn gesamtgesellschaftlich nur noch bedingt Wachstum und Fortschritt erzielt werden können. Dies führt zum anderen zu einer Verschiebung innerhalb der Gewinnerkoalition hin zu jenen traditionalistischen Eliten, die an der Isolation Russlands interessiert sind, weil nur diese eine uneingeschränkte Kontrolle des souveränen Territoriums ermöglicht.<sup>16</sup> Diese Isolationsstrategie hat innenpolitisch auch einen gerontokratischen Effekt: Die vertikale Mobilität ist blockiert, im Sicherheitsrat liegt das Durchschnittsalter bei rund 65 Jahren. Diese älteren Kohorten unterscheiden sich deutlich von den jüngeren. Sie legen innenpolitisch weniger Wert auf Pluralismus und Bürgerrechte,<sup>17</sup> außenpolitisch kennzeichnet sie vor allem ein postimperiales Weltbild, das auf Revanchismus und die Restauration sowjetischer Größe drängt. Jüngere Elitekohorten sehen dagegen die Ukraine tendenziell eher **[Seite 36]** als unabhängigen Staat.<sup>18</sup> Es bestätigt sich damit die Erkenntnis, dass autoritäre Regime mit zunehmender Personalisierung innenpolitisch repressiver und außenpolitisch aggressiver werden, da checks and balances weitgehend abgebaut sind. Anders ausgedrückt: Außenpolitische Aggression wird auch als Instrument genutzt, um die Macht im Inland zu konsolidieren.<sup>19</sup>

Personalistische Regime unterscheiden sich von anderen Typen autoritärer Regime tendenziell in ihrer Außenpolitik, weil personalistische Herrscher innenpolitisch weniger eingehegt sind und deswegen weniger oder keine Folgen für Fehler antizipieren (die sogenannten audience costs sind gering). Wenn die Entscheidungsfindung auf mehrere Schultern verteilt ist, wie dies in stärker institutionalisierten Regimen der Fall ist, sind die Hürden höher, sich in risikoreiche

---

<sup>14</sup> Siehe Burkhardt, »Institutionalising Authoritarian Presidencies«.

<sup>15</sup> Vladimir Gel'man, *The Politics of Bad Governance in Contemporary Russia*, Ann Arbor, MI 2022.

<sup>16</sup> Kirill Rogow, »Wremja janytschar. Isoljazija kak strategija« (Die Zeit der Janitscharen. Isolation als Strategie), 25. 10. 2021; online unter: <https://liberal.ru/lm-ekspertiza/vremya-yanychar-izolyacziya-kak-strategiya>.

<sup>17</sup> Sharon Werning Rivera / David W. Rivera, »Are Siloviki Still Undemocratic? Elite Support for Political Pluralism during Putin's Third Term«, in: *Russian Politics* 4 (2019), 4, S. 499–519.

<sup>18</sup> Sharon Werning Rivera, »Can Putin Keep the Oligarchs and Russian Elites on His Side?«, in: *The Washington Post*, 1. 3. 2022; online unter: <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/03/01/putin-ukraine-elites-support/>.

<sup>19</sup> Jack L. Snyder, *Myths of Empire. Domestic Politics and International Ambition*, Ithaca, NY 1991.

außenpolitische Aventüren zu stürzen, weil die Anzahl der Vetospieler, die derartige Entscheidungen blockieren könnten, größer ist. Gleichzeitig erhöht sich aufgrund der korrumpierten Feedbackmechanismen bei der Entscheidungsfindung die Gefahr, Fehler zu machen. Putins Weltbild lässt sich mit einem aggressiven Algorithmus in den Sozialen Medien vergleichen, der die User immer weiter in die eigene Filterblase treibt.<sup>20</sup> Der äußere Feind trägt zur innenpolitischen Legitimierung des Regimes bei, indem er eine Wagenburgmentalität befeuert, die von ökonomischen Problemen ablenken und die Repression von Andersdenkenden rechtfertigen soll. So zeigt die Forschung, dass personalistische Regime im Vergleich zu anderen autoritären Herrschaftsformen eher in militärische Konflikte mit Demokratien verwickelt sind, Kriege beginnen und ein riskantes und aggressives außenpolitisches Verhalten an den Tag legen. Dementsprechend treten sie seltener internationalen Abkommen oder Organisationen bei, die ihre eigene Souveränität einschränken würden.<sup>21</sup> In personalistischen Regimen ist die Nachfolgefrage nicht geklärt, da institutionalisierte Mechanismen der Machtübergabe fehlen. Dies führt dazu, dass personalistische Herrscher häufig bis zur Handlungsunfähigkeit oder dem natürlichen Tod an der Macht bleiben. Je länger die Herrschaft andauert, desto mehr verschmilzt das Regime mit der Person des Autokraten, dessen physischer Körper damit zunehmend zu einem Objekt nationaler Sicherheit wird. Herrscher in personalistischen Regimen genießen meist keinen

**[Seite 37]** ruhigen Lebensabend, ihnen drohen Exil, Gefängnis oder auch gewaltsamer Tod.<sup>22</sup> Mit zunehmender Machtdauer nehmen die für die Zeit nach einem Rücktritt erwarteten Risiken und Verluste zu, eine Dynamik, die sich zwangsweise um ein Vielfaches verstärkt, wenn die Verantwortung für einen Krieg gegen ein Nachbarland auf dem Spiel steht. Allerdings ist zu beachten, dass zwischen extremer Regimepersonalisierung und aggressiver, militärisch expansiver Außenpolitik kein automatischer Zusammenhang besteht. Belarus, Russlands Verbündeter im Krieg gegen die Ukraine, ist dafür das beste Beispiel. Das autoritäre Regime von Aljaksandr Lukaschenka ist stärker personalisiert als das russische, aber Lukaschenkas Macht beruht gerade darauf, seinen Herrschaftsbereich auf das eigene Staatsterritorium zu beschränken. Jeder Versuch einer militärischen Expansion würde voraussichtlich zu seinem Machtverlust führen. Die außenpolitische Zurückhaltung ist zudem ein Konsens, der auch von der belarussischen Sicherheitselite und der breiten Bevölkerung geteilt wird. In Russland dagegen dominiert eine Kohorte von Akteuren, für die militärische Aggression außenpolitisch zu den selbstverständlichen Instrumentarien gehört, wenn es gilt, die »Festung Russland«<sup>23</sup> zu »verteidigen«. In der russischen Bevölkerung existiert ein »blinder und militanter« Patriotismus, der die Kosten außenpolitischer Aggression für die russische Staatsführung deutlich senkt.<sup>24</sup> Gleichzeitig sahen Ende 2022 »nur« 43 Prozent die Ukraine als

---

<sup>20</sup> Claire Moses, »What Russia Got Wrong. A Cascade of Military Failures Started with Vladimir Putin«, in: The New York Times, 18. 12. 2022; online unter: <https://www.nytimes.com/2022/12/18/briefing/russia-putin-ukraine-war.html>.

<sup>21</sup> Natasha M. Ezrow / Erica Frantz, Dictators and Dictatorships. Understanding Authoritarian Regimes and Their Leaders, New York 2011, Kapitel 8; Erica Frantz, »Autocracy«, in: Oxford Research Encyclopedia of Politics, 2016; online unter: <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.3..>

<sup>22</sup> Hein E. Goemans, »Putin's Peers«, in: Timothy Colton / Timothy Frye / Robert Legvold (Hg.), The Policy World Meets Academia. Designing U.S. Policy toward Russia, Cambridge, MA 2010, S. 79–91.

<sup>23</sup> Andrei Melville, »A Neoconservative Consensus in Russia? Main Components, Factors of Stability, Potential of Erosion«, in: Russian Social Science Review 61 (2020), 3–4, S. 220–235.

<sup>24</sup> Mikhail Alexeev / William Pyle, »A Blind and Militant Attachment. Russian Patriotism in Comparative Perspective«, in: CESifo, Oktober 2022; online unter: <https://www.cesifo.org/en/publications/2022/working->



feindliches Land an, 55 Prozent sprachen sich für umgehende Friedensverhandlungen aus. Die öffentliche Meinung wirkt in Russland permissiv, aber keinesfalls als treibende Kraft. Putin könnte jederzeit den Krieg für beendet erklären, ohne dass er merkliche Einbußen seines Renommées in der Bevölkerung befürchten müsste.

Häufig wird gesagt, es sei nicht mehr angebracht, Russland als gewöhnliches personalistisches autoritäres Regime einzuordnen. Zum einen, heißt es, seien schon mehrere Jahre lang faschistische und neototalitäre Tendenzen zu diagnostizieren, und der Krieg markiere endgültig den Übergang von einem autoritären zu einem faschistischen Regime. Dies überzeugt aber nicht, da das Argument auf einer losen Anwendung der Begriffe beruht beziehungsweise nur einige Merkmale faschistischer oder totalitärer Regime auf den russischen Fall zutreffen, während andere wichtige Charakteristika – wie eine Massenmobilisierung von oben, eine in die Zukunft gerichtete Ideo- **[Seite 38]** logie, welche die Gesellschaft nach einem utopischen, futuristischen Plan umgestalten will, sowie eine genuine faschistische Dynamik aus der Gesellschaft heraus – bisher fehlen.<sup>25</sup> Auch die Beschränkung der Ausreise, zum Beispiel für Wehrpflichtige und Reservisten oder für Regierungsmitglieder, ist kein Kennzeichen von Totalitarismus, sondern ein gängiges Instrument autoritärer Regime.<sup>26</sup> Langfristig gesehen sind die Staatspropaganda und Indoktrinierung an Schulen und höheren Bildungseinrichtungen besonders besorgniserregend. Aber auch hier sollten Rhetorik und Ansprüche nicht mit dem eigentlichen Charakter des Regimes verwechselt werden, das immer noch auf Passivität anstatt auf totale Mobilisierung setzt. Zum anderen wird berechtigterweise auf den imperialen Charakter des Krieges hingewiesen, der das heutige Russland in eine jahrhundertelange Traditionslinie imperialistischer Expansion stellt. Aus dieser Perspektive ist Regimepersonalisierung nahezu belanglos, da das Imperium und dessen versuchte Expansion gewissermaßen zur DNA russischer Staatlichkeit gehören. Allerdings wirkt diese Sicht deterministisch und der Krieg gegen die Ukraine somit vorbestimmt. Russland wurde jedoch vorrangig als postimperial beschrieben, und es spricht viel dafür, dass der Angriff keineswegs eine Notwendigkeit war, deswegen sollte die Reimperialisierung Russlands historisiert werden, auch sollte auf konkrete Kontextbedingungen eingegangen werden.<sup>27</sup> Um dieser Prozesshaftigkeit Rechnung zu tragen und deterministische Annahmen zu vermeiden, ist, so das Argument dieses Aufsatzes, das Konzept der Regimepersonalisierung notwendig. **[Seite 39]**

## Die Beendigung von Kriegen und die Überlebenschancen von Diktatoren

paper/blind-and-militant-attachment-russian-patriotism-comparative.

<sup>25</sup> Marlene Laruelle, »So, Is Russia Fascist Now? Labels and Policy Implications«, in: The Washington Quarterly 45 (2022), 2, S. 149–168; Marlene Laruelle, »Is Russia Fascist? A Response to Yoshiko Herrera, Mitchell Orenstein, and Anton Shekhovtsov«, in: Nationalities Papers 50 (2022), 6, S. 1255–1258; Anton Shekhovtsov, »Is Putin's Russia a Fascist Regime?«, in: CDI Dispatch No. 3, 2022; online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Fc1q2qsCVbc>; Robert Coalson, »Nasty, Repressive, Aggressive – Yes. But Is Russia Fascist? Experts Say ›No‹«, in: Radio Free Europe / Radio Liberty, 9. 4. 2022; online unter: <https://www.rferl.org/a/russia-repressive-aggressive-not-fascist/31794918.html>.

<sup>26</sup> José Alemán / Dwayne Woods, »No Way Out. Travel Restrictions and Authoritarian Regimes«, in: Migration and Development 3 (2014), 2, S. 285–305.

<sup>27</sup> Sebastian Hoppe, »Kategoriale Dissonanzen. Russlands regressiver Weg in den Krieg und die Historische Soziologie imperialistischer Außenpolitiken«, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung (2023); online unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s42597-023-00093-z>.

Ein weitverbreiteter Topos lautet, dass Putins Schicksal untrennbar mit dem Ausgang des Krieges verbunden ist. Mit der Entscheidung für den Krieg habe er alles auf eine Karte gesetzt, im Fall einer Niederlage würde er seine Macht verlieren, deswegen müsse er aufs Ganze gehen. Putin agiere daher innenpolitisch stets aus einer Position der Schwäche: Der Krieg diene dazu, die Wagenburgmentalität zu befeuern, weil aufgrund der seit über einem Jahrzehnt stagnierenden Wirtschaft keine anderen Legitimationsstrategien mehr übrig blieben als Ressentiment und Feindschaft gegen den Westen. Das Militär stehe aufgrund des katastrophalen Kriegsverlaufs kurz vor einem Putsch; die Oligarchen begeherten auf, weil sie aufgrund der westlichen Sanktionen Milliarden US-Dollar verloren haben; Putin werde von rechtsnationalen Hardlinern wie dem Chef der Söldnertruppe Wagner Ewgenij Prigoshin oder dem tschetschenischen Warlord Ramsan Kadyrow unter Druck gesetzt, die eine härtere Gangart gegen die Ukraine fordern. Beim Krieg gegen die Ukraine handle es sich folglich um einen »Ablenkungskrieg« (diversionary war)<sup>28</sup> oder um ein »Zocken um die Wiederauferstehung« beziehungsweise »ums Überleben« (gaming for resurrection, gaming for survival).<sup>29</sup> Dieser Logik zufolge wiegen für autoritäre Herrscher in der Abwägung die möglichen Chancen, die sich aus einem erfolgreichen Kriegsverlauf ergeben könnten, schwerer als dessen Risiken, da nur durch Krieg das eigene politische Überleben an der Macht gesichert werden kann.

Tatsächlich aber verhält es sich umgekehrt, denn innenpolitisch wähnte sich Putin vor Kriegsbeginn nach allen Seiten abgesichert. Er hatte sämtliche politischen Konkurrenten aus dem Weg geräumt und konnte dank hoher Rohstoffpreise ein großes Devisenpolster anhäufen. Außenpolitisch wollte er jedoch, »kompetent« beraten von den Zaren Iwan dem Schrecklichen, Peter dem Großen und Katharina der Großen, wie die Financial Times mit Verweis auf Außenminister Sergej Lawrow berichtete, in Erfüllung seiner eingebildeten historischen Mission einem »Angriff« auf Russland durch die NATO »zuvorkommen« und Russlands Einflussphäre im postsowjetischen Raum zementieren. Insgeheim gestand Putin ein, dass »sich herausgestellt hat, dass wir völlig unvorbereitet waren. Die Armee ist ein einziger Schlamassel. Die Industrie ist ein Schlamassel. Aber es ist dennoch gut, dass wir das auf diese Weise herausgefunden haben und nicht erst [Seite 40] dann, wenn die NATO uns überfällt.«<sup>30</sup> Zwar wurden bei den klandestinen Kriegsvorbereitungen viele Fehler begangen, diese ändern aber nichts daran, dass der lange Krieg gegen die Ukraine, den Putin eigentlich gegen die USA und die NATO zu führen glaubt, aus seiner Sicht eine unabwendbare Notwendigkeit darstellt. Gerade diese Grundüberzeugung, Russland innenpolitisch im Griff zu haben, erlaubt es ihm bisher, trotz der vielen militärischen Misserfolge in der Ukraine seine Strategie nicht zu verändern.

Die vergleichende quantitative Forschung, die sich mit den Folgen von Sieg und Niederlagen auf die Überlebenschancen von Staats- und Regierungschefs in kriegführenden Staaten beschäftigt, hat nachgewiesen, dass Herrscher in personalistischen autoritären Regimen

---

<sup>28</sup> Polina Beliakova, »How Does the Kremlin Kick When It's Down?«, in: War on the Rocks, 13. 8. 2019; online unter: <https://warontherocks.com/2019/08/how-does-the-kremlin-kick-when-its-down/>.

<sup>29</sup> Hein E. Goemans, War and Punishment. The Causes of War Termination and the First World War, Princeton, NJ 2000.

<sup>30</sup> Max Seddon / Christopher Miller / Felicia Schwartz, »How Putin Blundered into Ukraine – Then Doubled down«, in: Financial Times, 23. 2. 2023; online unter: <https://www.ft.com/content/80002564-33e8-48fb-b734-44810afb7a49>.

verglichen mit Demokratien und anderen, stärker institutionalisierten autoritären Regimen sehr gute Chancen haben, sich trotz Niederlagen auf dem Schlachtfeld an der Macht zu halten.<sup>31</sup>

Wechsel an der Staatsspitze während eines Krieges sind grundsätzlich eher selten. Einer Studie von Sarah Croco zufolge kam dies nur in zwanzig Prozent aller im Datensatz erfassten Fälle kriegführender Parteien vor.<sup>32</sup> Staatschefs in Demokratien sind anfälliger als Autokraten, da für sie die sogenannten Publikumskosten (audience costs) höher sind und sie von innenpolitischen Akteuren und Wählern für außenpolitische Fehler eher bestraft werden. Es ist unbestritten, dass militärische Niederlagen auch für Diktatoren eine Gefahr darstellen, dennoch bleiben nach Untersuchungen von Giacomo Chiozza und Hein Goemans mehr als die Hälfte autoritärer Herrscher nach einem verlorenen Krieg an der Macht. Wenn diese Gewaltherrscher das erste Jahr nach der Niederlage überlebt haben, sind ihre Chancen gut, sich längerfristig im Amt zu halten. Ist der Konflikt einmal begonnen, dann ist es in manchen Fällen, und hierzu gehören vor allem personalistische Autokratien, besonders schwer, die Kriegsherren vom Thron zu stürzen, gerade weil eine militärische Auseinandersetzung nicht nur innenpolitische Risiken birgt, sondern auch Vorteile bringen kann.<sup>33</sup>

Einer Studie von Jessica Weeks zufolge stehen die Chancen für personalistische Herrscher sogar noch besser. Autokraten mit einem zivilen Hintergrund **[Seite 41]** grund überleben in über 60 Prozent nach einer Niederlage. Handelte es sich um militärische Führer, so stieg die Wahrscheinlichkeit auf 80 Prozent. Rechnet man jene Fälle heraus, in denen der Sturz des Autokraten auf eine militärische Intervention von außen zurückzuführen ist, scheinen die Aussichten auf Machterhalt noch besser.<sup>34</sup> Angewandt auf den atomaren Flächenstaat Russland sollten die theoretischen Chancen Putins, trotz einer hypothetischen Niederlage in der Ukraine an der Macht zu bleiben, vergleichsweise hoch liegen,<sup>35</sup> zumal wegen der Gefahr einer nuklearen Eskalation weder die USA noch die NATO eine Strategie verfolgen, die auf regime change oder auf eine Intervention in russisches Staatsgebiet abzielt.

Die Annahme, dass eine militärische Niederlage für Putin und sein Regime erhebliche Risiken mit sich bringen würde, bleibt sicherlich richtig. Dennoch sollte nicht unterschätzt werden, dass der Krieg aus der Funktionslogik autoritärer Herrschaft heraus zumindest kurzfristig für die herrschende Klasse viele, zugegebenermaßen aus der Not geborene, Vorteile bietet. So

---

<sup>31</sup> Ein paradigmatisches Beispiel für einen personalistischen Herrscher, der sich trotz militärischer Misserfolge lange an der Macht hielt, ist Saddam Hussein. Vgl. Leonid Bershidsky, »Putin's War on Ukraine Looks a Lot Like Saddam Hussein's War on Iran«, in: Bloomberg, 8. 3. 2023; online unter: <https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2023-03-08/putin-s-war-on-ukraine-looks-a-lot-like-saddam-hussein-s-war-on-iran>.

<sup>32</sup> Sarah E. Croco, »The Decider's Dilemma. Leader Culpability, War Outcomes, and Domestic Punishment«, in: American Political Science Review 105 (2011), 3, S. 457–477.

<sup>33</sup> Giacomo Chiozza / Hein E. Goemans, Leaders and International Conflict, Cambridge 2011, S. 56–64.

<sup>34</sup> Jessica L. P. Weeks, Dictators at War and Peace, Ithaca, NY 2014, S. 73.

<sup>35</sup> Diese Schlussfolgerung beruht auf der Annahme, dass sich statistische Häufigkeitsverteilungen, die sich auf vergangene Ereignisse und vergleichbare Fälle beziehen, auf das heutige Russland übertragen lassen. Die Prämisse ist, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine im Vergleich besser verständlich wird. Alle Vergleiche stoßen jedoch an Grenzen, weil neue Kontextvariablen hinzukommen können, die Vergangenheit nicht linear fortgedacht werden kann und manchmal schlicht singuläre Ereignisse den Gang der Geschichte maßgeblich beeinflussen. Trotz hoher Wahrscheinlichkeiten für gewisse Regelmäßigkeiten bleibt die Kontingenz der Entwicklung bestehen. Es geht somit keineswegs um Prognosen, sondern um die Wahrscheinlichkeit bestimmter Szenarien.

ließ Putin nach Beginn der großflächigen Invasion der Ukraine endgültig jede rhetorische Zurückhaltung fallen und sprach sich Mitte März 2022 für die »Reinigung« der russischen Gesellschaft von der »fünften Kolonne« und »Nationalverrättern« aus, die sich in ihrer »Sklavenmentalität« dem Westen verschrieben haben und den Krieg ablehnen. Bezogen war dies vor allem auf die milliardenschweren Wirtschaftsmagnaten, von denen Putin vierzig noch am ersten Tag der Invasion in den Kreml zitierte, wo er ihnen einerseits finanzielle Unterstützung versprach, andererseits »patriotisches« Verhalten abverlangte.<sup>36</sup> Der Krieg bietet somit auch die Gelegenheit, die Nationalisierung<sup>37</sup> der bürokratischen und wirtschaftlichen Elite voranzutreiben. Nach gut einem Jahr Krieg muss konstatiert werden, dass **[Seite 42]** sich die Elite nach dem 24. Februar in noch größerer Abhängigkeit von Putin befindet als zuvor.<sup>38</sup> Sie stellt schwerlich eine Gefahr für ihn dar. Eingepfercht zwischen westlichen Sanktionen und Putins glaubhaften Drohungen, entmachtet, enteignet und Repressalien ausgesetzt zu werden, entschied sich die überwiegende Mehrzahl der Wirtschaftselite, sich um Putin zu scharen oder zumindest Loyalität zu signalisieren. Dies könnte allerdings nur eine Momentaufnahme sein und sich angesichts neuer Dynamiken auf dem Schlachtfeld schnell ändern.

### **Putins Verantwortlichkeit und Vulnerabilität nach dem 24. Februar: kurzfristig gestärkt**

Für eine Antwort auf die Frage, wann und unter welchen Umständen Kriege selbst für Autokraten zur Gefahr werden können, sind vor allem zwei Kriterien entscheidend. Erstens geht es um die Verantwortlichkeit (culpability). Kann die Kriegsentscheidung und die Schuld an militärischen Niederlagen unmissverständlich einem bestimmten Akteur zugewiesen werden, der dafür auch persönlich verantwortlich gemacht wird? Zweitens geht es um die Vulnerabilität (vulnerability), also die tatsächliche Fähigkeit innenpolitischer Akteure, den Autokraten herauszufordern und ihn für fehlgeleitete Politik und militärische Desaster zur

---

<sup>36</sup> Alexandra Prokopenko, »Russian Business in a Bind as War Enters Second Year«, in: The Bell, 24. 2. 2023; online unter: <https://en.thebell.io/russian-business-in-a-bind-as-war-enters-second-year/>.

<sup>37</sup> Bei diesem Prozess, der mit der Annexion der Krim und den anschließenden westlichen Sanktionen seit 2014 begann, erklärt Putin Eliteakteure in der Verwaltung und Wirtschaft quasi zum Staatseigentum, um sie unabhängig von ausländischer Einflussnahme und dafür abhängig von Putin und seiner Exekutivmaschinerie zu machen. Doppelte Staatsbürgerschaft, Besitz von Villen im Ausland, Urlaubsreisen oder Hochschulbildung von Familienmitgliedern in feindlichen Ländern oder internationale Beteiligungen, die den Zugriff von russisch kontrollierten Gerichten auf Unternehmen verhindern würden, sind nicht mehr (oder nur mit Sondererlaubnis des Kreml) erwünscht.

<sup>38</sup> In der Literatur wird diskutiert, ob der Begriff Elite noch zutreffend ist, da aufgrund der Regimepersonalisierung nur noch wenige Eliteakteure Entscheidungen beeinflussen können. In Bezug auf Zivil-, Militär- und Sicherheitsbürokratie sprechen einige Forscher von einer Neo-Nomenklatura, die dem sowjetischen Herrschaftsmechanismus ähnelt. Über Listen bestimmte die Kommunistische Partei, wer im Apparat Karriere machen durfte, gleichzeitig waren Patronagebeziehungen entscheidend für den Aufstieg. Putins Russland weist in der Tat einige Parallelen dazu auf. Dennoch sind klassische Ansätze der Eliteforschung, die die Mitgliedschaft entweder nach der formalen Position im Staat, der Reputation gemessen in Expertenratings oder der nachgewiesenen Rolle in ausgewählten Politikbereichen oder Entscheidungsprozessen bestimmen, weiterhin sinnvoll auf Russland übertragbar. In den folgenden Abschnitten, in denen es um die Auswirkungen des Krieges auf die Regimestabilität geht, liegt das Augenmerk auf den Eliten und weniger auf der Bevölkerung und Massenprotesten, weil aus der Forschung hervorgeht, dass Bedrohungen für personalistische Herrscher vor allem von der Elite ausgehen und Proteste nachrangig sind. Siehe hierzu etwa Milan W. Svobik, *The Politics of Authoritarian Rule*, Cambridge, MA 2012; und Henry E. Hale, »How Should We Now Conceptualize Protest, Diffusion, and Regime Change?«, in: *Journal of Conflict Resolution* 63 (2019), 10, S. 2402–2415.

Verantwortung zu ziehen. Sarah Croco und Jessica Weeks stellen überzeugend dar, dass gerade die Kombination dieser Faktoren zum Machtverlust von Autokraten führen kann.<sup>39</sup> Die Kriegsschuld und die Verantwortung für schmerzhafte Niederlagen auf sich geladen zu haben, reicht jedoch allein nicht aus, damit ein Autokrat die Herrschaftsgewalt verliert. Nach gut einem Jahr des großflächigen Krieges gegen [Seite 43] die Ukraine bleibt zu konstatieren, dass die innenpolitischen Risiken für Putin bisher gering geblieben sind.

### Strategien, die Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen

Es steht außer Frage, dass Putin die wichtigen Entscheidungen in der Ukraine nahezu im Alleingang trifft. Schon im März 2015 hatte er in dem Fernsehfilm »Weg in die Heimat« zugegeben, dass er die Entscheidung über die Annexion der Krim in den frühen Morgenstunden des 23. Februar 2014 im engsten Kreis mit lediglich vier Beratern aus Militär und Sicherheitsdiensten getroffen hatte. Sein programmatischer Artikel »Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer« vom 12. Juli 2021 ließ weder in Russland noch im Ausland Zweifel daran zu, dass die Ukraine für Putin Chefsache ist. Auch die im Fernsehen übertragene Sitzung des nationalen Sicherheitsrats am 21. Februar 2022, in dem Putin die Mitglieder einzeln über die Anerkennung der Unabhängigkeit der »Volksrepubliken Donezk und Luhansk« abfragte, sowie zahlreiche Fernsehansprachen zu Kriegsbeginn oder die Neujahrsansprache zum Jahreswechsel 2022/2023 signalisierten, dass er nicht nur Entscheidungsträger, sondern auch Hauptverantwortlicher für das Kriegsgeschehen ist. Putin ist nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die wichtigsten Eliten klar als Kriegsführer identifizierbar. Dafür spricht besonders, dass selbst hochrangige Funktionäre in der Präsidentialverwaltung, der Regierung und den Staatsunternehmen nicht über die bevorstehende großflächige Invasion der Ukraine informiert waren,<sup>40</sup> dass Putin nach Kriegsbeginn militärisches Mikromanagement betrieb und seinen Generälen ständig direkte Anweisungen gab.<sup>41</sup> Damit wäre bereits eines der beiden oben erläuterten Kriterien erfüllt. Sollte Russland eine Niederlage erleiden, so ist Putin sowohl für die Elite als auch die Bevölkerung eindeutig als Verantwortlicher zu identifizieren.

Allerdings greift Putin auch während des Krieges erfolgreich auf altbewährte Strategien zurück, um Verantwortlichkeit und Schuldzuweisungen von sich abzuwälzen (Blame-Shifting-Strategie). Der Präsident rechnet sich außenpolitische Erfolge zu und zeichnet für die Erhöhungen von Sozialleistungen oder Subventionen für bestimmte Wirtschaftszweige verantwortlich. Die Verantwortung für Einbrüche im Wirtschaftswachstum, Fälle von Korruption oder schmerzhafte Entscheidungen wie die Erhöhung des Rentenalters wird dagegen auf das Regierungskabinett, die Staatsduma oder die regionalen

<sup>39</sup> Sarah E. Croco / Jessica L. P. Weeks, »War Outcomes and Leader Tenure«, in: World Politics 68 (2016), 4, S. 577–607.

<sup>40</sup> Farida Rustamova, »They're Carefully Enunciating the Word Clusterf\*ck«, in: Faridaily, 6. 3. 2022; online unter: <https://faridaily.substack.com/p/theyre-carefully-enunciating-the>; Evan Gershkovich / Thomas Grove / Drew Hinshaw / Joe Parkinson, »Putin, Isolated and Distrustful, Leans on Handful of Hard-Line Advisers«, in: Wall Street Journal, 23. 12. 2022; online unter: <https://www.wsj.com/articles/putin-russia-ukraine-war-advisers-11671815184>.

<sup>41</sup> Katie Bo Lillis, »Russia's Military Divided as Putin Struggles to Deal with Ukraine's Counteroffensive, US Sources Say«, in: CNN, 22. 9. 2022; online unter: <https://www.cnn.com/2022/09/22/politics/russia-military-divided-ukraine-putin/index.html>.

Gouverneure abgeschoben.<sup>42</sup> Hinreichend erprobt wurde dies schon während der Corona-Pandemie, als Gouverneure mehr Kompetenzen erhielten, wenn es darum ging, unbeliebte Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen und digitale Ausgangspässe durchzusetzen.<sup>43</sup>

Diese Herrschaftstechnik kam im Zuge des Krieges erneut zum Einsatz. Putin demonstrierte, dass er der alleinige Kriegsherr ist. Je länger allerdings die Kriegshandlungen andauerten, desto häufiger wälzte er die Verantwortlichkeit für Rückschläge auf andere Akteure ab. Dazu gehörte auch, externe Mächte wie die USA, die NATO oder ukrainische »Faschisten« für den Krieg verantwortlich zu machen, während Russland nur auf Bedrohungen »reagiere«, um sich zu »verteidigen«. Innenpolitisch sind insbesondere drei Aspekte bemerkenswert, die Putin bisher vor der direkten Zuschreibung von Verantwortlichkeiten und Schuld geschützt haben.

Erstens überließ Putin die Verkündung und Ausführung von Entscheidungen, die auf die ausbleibenden militärischen Erfolge reagierten, anderen Akteuren und tolerierte sogar eine gewisse Pluralität an Stimmen im hyperpatriotischen, ihm aber insgesamt hörigen Lager, die sich gegenseitig mit Vorwürfen überhäufte. So wurde zwar die Mobilmachung am 21. September 2022 per Präsidialerlass verordnet, die konkrete Umsetzung übertrug Putin allerdings dem Verteidigungsministerium und den Gouverneuren. Die Regionen waren auf den Erlass schlecht vorbereitet und sahen sich gezwungen, in kürzester Zeit Soldaten nach Quoten zu mobilisieren, die das Verteidigungsministerium ohne Konsultationen festlegte. Die »Teilmobilmachung« führte nicht nur zur zweiten Emigrationswelle seit Kriegsbeginn, sie verdeutlichte auch in den Regionen selbst, wie schlecht die Armee aufgrund von Korruption und Missmanagement auf die Einberufung der Rekruten vorbereitet war. Es fehlte an Baracken, Ausrüstung und Verpflegung. Weil die Daten der Rekrutierungsbüros entweder veraltet oder fehlerhaft waren, wurden auch diejenigen eingezogen, die aufgrund ihres Alters, Berufs oder Gesundheitszustands untauglich waren. Die Mobilmachung griff tief in die russische Gesellschaftsstruktur ein, aber Proteste und Unmut richteten sich nicht gegen Putin, sondern gegen Armeeführung und Regionalverwaltungen. Im Netz entwickelte sich ein neues Genre von Videobotschaften Mobilisierter, die sich über schlechte Versorgung oder über die Feldkommandeure beschwerten, die sie ohne Vorbereitung und Ausrüstung in **[Seite 45]**

Himmelfahrtskommandos direkt an die Front schickten. In diesen Botschaften, die in den Sozialen Medien oft viral gingen, wandte sich meist eine Gruppe Mobilisierter direkt an Putin und bat ihn um Abhilfe. Auch der Rückzug aus Cherson vom rechten zum linken Ufer des Dnjepr, kurz nach dem Zusammenbruch der Charkiwer Front der zweite große Rückschlag für Russland in der Ukraine, wurde vom zeitweiligen Oberbefehlshaber Sergej Surowikin am 9. November 2022 per Fernsehansprache angekündigt. Anfang Januar 2023 ersetzte Putin Surowikin nach nur knapp drei Monaten an der Spitze der russischen Truppen in der Ukraine durch Generalstabschef Walerij Gerassimow, der die Winteroffensive vorantreiben sollte. Die ständige Rotation der Militärspitze, die vor allem nach dem Rückzug aus der Region Charkiw in allen vier russischen Militärbezirken und Einsatzgruppen in der Ukraine an Dynamik zunahm, ermöglichte es Putin, die Verantwortlichkeit auf einzelne Generäle abzuschieben und immer

---

<sup>42</sup> Elena Sirotkina / Margarita Zavadskaya, »When the Party's Over. Political Blame Attribution under an Electoral Authoritarian Regime«, in: *Post-Soviet Affairs* 36 (2020), 1, S. 37–60.

<sup>43</sup> Fabian Burkhardt, »Executive Politics in Russia in Times of the Pandemic. Shifting Responsibility and Blame as a Technology of Governance«, in: *PEX*, 28. 5. 2020; online unter: <https://pex-network.com/2020/05/28/executive-politics-in-russia-in-times-of-the-pandemic-shifting-responsibility-and-blame-as-a-technology-of-governance>.

wieder neue Konstellationen auszutesten. Ähnlich ist auch die toxische Medienaktivität von Prigoshin und Kadyrow zu sehen, die über ihre Kanäle in den Sozialen Medien vor einer Millionenleserschaft in Vulgärsprache harsche Kritik<sup>44</sup> am Generalstab und dem Verteidigungsministerium übten. Dies sollte jedoch nicht als Druck »rechter Hardliner« auf Putin missverstanden werden.<sup>45</sup> Bis zu einem gewissen Grad nützte diese lautstarke Kritik ihm sogar, da sie nie gegen ihn, sondern immer nur gegen seine Untergebenen gerichtet war. Es gibt inzwischen deutliche Anzeichen dafür, dass Putin Prigoshin stets an der kurzen Leine hielt. So bekam Prigoshin nur mit Zutun der Präsidentialverwaltung Zugang zu den Gefängniskolonien, und Häftlinge wurden erst nach einem geheimen präsidentialen Amnestieerlass freigelassen, um sich gleich im Anschluss für sechs Monate Prigoshins Söldnertruppe Wagner zu verpflichten. Anfang März 2023 entzog der Kreml Prigoshin den Zugang zu den Strafkolonien und die Berechtigung, russische Behörden wie das Verteidigungsministerium zu betreten. Diese Maßregelung erfolgte, nachdem sich Prigoshin offensichtlich zu lautstark über den Mangel an Munition für seine Söldnertruppe in der Schlacht um das umkämpfte Bachmut beschwert hatte. Diese Beispiele zeigen, dass Putin gewissen Akteuren durchaus Frei- **[Seite 46]**  
raum lässt, wenn ihm dies vorteilhaft erscheint. Gleichzeitig kann Putin bisher diesen Freiraum auch schnell wieder beschneiden, insbesondere wenn konkurrierende Elitegruppen wie das Verteidigungsministerium im Fall von Prigoshin Lobbyarbeit betreiben.

Zweitens zieht Putin immer mehr Eliteakteure und Bevölkerungsschichten direkt in den Krieg hinein, womit gleichzeitig die Verantwortlichkeit auf viele Schultern verteilt wird, obwohl die Befehlsgewalt im hoch personalisierten Regime weiterhin bei ihm konzentriert ist. Im Frühjahr 2022 ließen sich drei Gruppen in der russischen Elite ausmachen: Die Hurrapatrioten überboten sich gegenseitig mit Loyalitätsbekundungen gegenüber Putin und forderten eine härtere Gangart gegen die Ukraine. Einige wenige Akteure, vornehmlich aus der Wirtschaft, forderten ein schnelles Ende des Krieges und Verhandlungen. Eine dritte Gruppe hielt sich bedeckt und tendierte in der Rhetorik zu business as usual. Mit der Ausrufung der »Teilmobilmachung« im September 2022 wurden die Unternehmen dazu verpflichtet, den Staat bei der Rekrutierung von Soldaten zu unterstützen, vielerorts wurden die Einberufungsbenachrichtigungen direkt am Arbeitsplatz ausgehändigt. Auch der zivile Teil der Bürokratie war schnell am Kriegsgeschäft beteiligt. Der Wirtschaftsblock der Regierung, vor allem die Zentralbank und das Finanzministerium, unternahm erhebliche Anstrengungen, um die Wucht der westlichen Sanktionen, etwa durch die Stabilisierung des Rubels oder den Ausgleich des Ölpreisdeckels, möglichst gut abzufedern. Als knapp einen Monat nach der Ausrufung der »Teilmobilmachung« die Probleme der Armee in Bezug auf die Ausstattung der Rekruten offensichtlich geworden waren, verlieh Putin Ende Oktober 2022 zwei

---

<sup>44</sup> Pawel Wasiljew, »Nawerchu sidjat sowerschenno oborsewschie grashdanek«. Prigoshin protiv generalow – kratkaja chronologija« (»Da oben sitzen einige völlig abgehobene Bürger«. Prigoshin gegen die Generäle – eine kurze Chronologie), in: Mediazona, 22. 2. 2023; online unter: <https://zona.media/article/2023/02/22/vagnervsshoigu> .

<sup>45</sup> Gleiches gilt für die Militärblogger, die in Sozialen Medien wie Telegram ein Millionenpublikum erreichen. Sie stellen trotz Kriegszensur eine neue Öffentlichkeit dar und gehen mit der russischen Armeeführung mitunter hart ins Gericht. Allerdings wendet Putin vielfältige Taktiken an, um diese Kriegspropagandisten, die ihn selbst kaum persönlich attackieren, zu kontrollieren. Dies gelingt, indem einzelne Blogger vom Staat kooptiert oder von Eliteakteuren aufgekauft und strafrechtliche Konsequenzen angedroht werden. Wie der bisher nicht aufgeklärte Mordanschlag auf den Kriegsblogger Maxim Fomin (Wladlen Tatarskij) zeigt, der Ewgenij Prigoshin nahestand, verschont der Krieg auch dessen giftigste Verfechter nicht.

Schlüsselfiguren in der zivilen Verwaltung weitreichende Kompetenzen. Premierminister Michail Mischustin wurde zum Vorsitzenden des Koordinierungsrates zur Versorgung der russischen Streitkräfte ernannt, der mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet ist, um in die Wirtschaft einzugreifen und diese besser auf die Bedürfnisse der Armee einzustellen. Dem Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin übertrug Putin gemeinsam mit der Präsidentialverwaltung die Koordinierung der regionalen Stäbe, die von den Gouverneuren und den regionalen Sicherheitsorganen gebildet worden waren, um Mobilmachung und Wirtschaftsproduktion besser aufeinander abzustimmen. Diese Anpassung der Steuerungsmechanismen mitten im Krieg bedeutete nicht nur einen Affront gegen die Armee, sondern signalisierte auch deutlich, dass Mischustin und Sobjanin als die zwei zentralen Figuren der technokratischen Elite, die sich bisher mit Aussagen zum Krieg und vorseilendem Gehorsam zurückgehalten hatten, elementarer Bestandteil von Russlands Kriegsvorhaben und somit dafür auch mitverantwortlich sind.<sup>46</sup> **[Seite 47]**

Drittens ist in Bezug auf Verantwortlichkeit zu beachten, dass Sieg und Niederlage in hohem Maße deutungsabhängige Begriffe sind. Es kommt darauf an, wie die tatsächlichen Entwicklungen auf dem Kriegsschauplatz rhetorisch gerahmt werden.<sup>47</sup> Dies spielt Putin aus mehreren Gründen in die Hände. Die Kriegsziele waren mit »Denazifizierung«, »Demilitarisierung« der Ukraine und der angeblichen Verhinderung eines »Genozids« an Russen von Beginn an nebulös definiert. Im Kriegsverlauf passte Putin die Ziele laufend an, ohne das endgültige Ziel eindeutig zu bestimmen. Nach den anfänglichen Rückschlägen wie dem Rückzug der russischen Truppen aus den Gebieten Kyjiw, Chernihiw und Sumy sprach Putin trotzdem davon, dass alles »nach Plan« verlaufe. Später verkündete er, es sei schon ein großer Erfolg, dass Russland nun die gesamte Küste des Asowschen Meers und einen Landkorridor zur Halbinsel Krim kontrolliere. Auch die überhastet versuchte Annexion der vier ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Saporishshja und Cherson im September 2022 deutete die russische Staatsführung in einen Erfolg um, obwohl die russische Armee keine der vier Regionen vollständig kontrollierte. Bis dato ist noch nicht klar, welche Niederlage Putin nicht rhetorisch übertünchen könnte. Die Rückeroberung der Krim durch die Ukraine könnte eine solche rote Linie sein. Allerdings deutet Putins Rede vor der Föderalen Versammlung vom 21. Februar 2023 darauf hin, dass er Russland auf einen langen Krieg einstellt. Ein Verlust von annektiertem Territorium wie der Krim muss deshalb nicht zwangsläufig zu einem Machtverlust des Präsidenten führen. Genauso gut könnte dieser Verlust als Legitimationsgrundlage für eine Fortsetzung oder sogar Eskalation des Krieges mit dem Westen dienen.

Maßgeblich für die Deutungshoheit Putins ist zum einen die massive Kriegszensur: Dutzende unabhängige Medien wurden geschlossen, Hunderte Journalisten gingen ins Exil, die Einschränkungen der Meinungsfreiheit wurden per Gesetz drastisch verschärft, zahlreiche Soziale Medien und unabhängige Internetressourcen entweder blockiert oder stark gedrosselt.<sup>48</sup> Zudem nahm die staatliche Propaganda totalitäre Ausmaße an. Ihre Wirkung

<sup>46</sup> Farida Rustamova / Maxim Tovkaylo, »The Great Patriotic Special Military Operation«, in: Faridaily, 1. 11. 2022; online unter: <https://faridaily.substack.com/p/the-great-patriotic-special-operation> .

<sup>47</sup> Dominic D. P. Johnson / Dominic Tierney, *Failing to Win. Perceptions of Victory and Defeat in International Politics*, Cambridge, MA 2006, S. 25 f.

<sup>48</sup> Roskomsvoboda / OONI, »How Internet Censorship Changed in Russia during the 1st Year of Military Conflict in Ukraine«, 24. 2. 2023; online unter: <https://ooni.org/post/2023-russia-a-year-after-the-conflict/>.



dürfe, so der Propagandaforscher Maxim Alyukov, nicht unterschätzt werden. Sie sei erfolgreich, weil sie bestehende Missstände aufgreift, soziale Apathie verstärkt und gleichzeitig auf Mechanismen der sozialen Kommunikation in Russland aufbaut, die vor allem auf Konformismus und Konsens abzielen, da das Abweichen von der Mehrheitsmeinung stigmatisiert ist.<sup>49</sup> **[Seite 50]**

Wie hoch die tatsächliche Unterstützung für den Krieg gegen die Ukraine in Russland ist, bleibt aufgrund der vielen methodischen Probleme, die Meinungsumfragen in Kriegszeiten aufwerfen, unter Experten umstritten.<sup>50</sup> Die Mehrheit scheint den Krieg zumindest zu akzeptieren. Nach der Mobilmachung im September 2022 fühlten sich laut Umfragen zwar mehr als 70 Prozent der Befragten ängstlich und depressiv, doch tat dies dem unabhängigen Lewada-Zentrum zufolge Putins Zustimmungswerten keinen Abbruch. Es kostete ihn nur wenige Prozentpunkte. Dennoch hat sich Putin bisher gegen eine zweite Mobilisierungswelle entschieden und setzt stattdessen auf Freiwillige, Gefängnisinsassen sowie die Anwerbung von Zeitsoldaten mit finanziellen Anreizen und reagiert somit flexibel auf gesellschaftliche Befindlichkeiten.

### **Putin bleibt derzeit nahezu unangreifbar**

Die Vulnerabilität Putins bleibt ein Jahr nach Beginn des großflächigen Angriffskrieges ebenfalls gering. Eliteakteure sind atomisiert und durch den Unterdrückungsapparat eingeschüchtert, sie verfügen derzeit nicht über die Macht, ihn herauszufordern oder gar anzugreifen. Da davon auszugehen ist, dass sich private Meinungen von öffentlichen Äußerungen erheblich unterscheiden<sup>51</sup> und Berichte, die auf Insideraussagen basieren, unzuverlässig sind, bleibt es schwierig einzuschätzen, wie die russische Elite tatsächlich zum Krieg steht. Selbst wenn man annimmt, dass ein bedeutender Teil mit der Kriegsentscheidung oder mit dem Kriegsverlauf unzufrieden ist, muss dies für Putin nicht gefährlich sein, solange die atomisierte Elite keine Möglichkeit sieht, sich zusammenzuschließen, um eine Kursänderung zu erzwingen. Das Ausharren im Status quo kann als geringeres Übel angesehen werden, weil die Aufkündigung der Loyalität große Risiken birgt oder zumindest hohe Einbußen in Bezug auf Status und Privilegien bedeuten würde. **[Seite 51]**

### **Wirksame Absicherung gegen einen Staatsstreich**

Generell gilt, dass Putin sein Regime gut gegen einen Staatsstreich abgesichert hat, obwohl schon bald nach Kriegsbeginn Spekulationen aufkamen, das Militär könnte putschen, weil er

---

<sup>49</sup> Maxim Alyukov, »Propaganda, Authoritarianism and Russia's Invasion of Ukraine«, in: Nature Human Behaviour 6 (2022), 6, S. 763–765; online unter: <https://www.nature.com/articles/s41562-022-01375-x>.

<sup>50</sup> Russland-Analysen (Hg.), »Meinungsumfragen im Krieg«, Nr. 430 (2. 2. 2023); online unter: <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/430/>.

<sup>51</sup> Der Fachbegriff hierfür ist Präferenzfalsifikation. Im Unterschied zur privaten Meinung sind öffentliche Äußerungen variabel, je nach politischer Situation. Je größer der Unterschied zwischen der privaten und der öffentlichen Meinung in der Gesellschaft ist, desto größer sind die Risiken, diese private Meinung öffentlich kundzutun. Aber auch das Leben in der Lüge bringt Unannehmlichkeiten wie moralische oder ethische Kompromisse mit sich. Insbesondere in revolutionären Situationen wie dem Wendejahr 1989 passen viele Personen schnell ihre öffentlichen Aussagen an ihre private Meinung an, und es kommt zu Kaskadeneffekten, die zu Stürzen von Regimen führen können, die vor kurzer Zeit noch stabil und populär wirkten. Siehe hierzu Timur Kuran, Private Truths, Public Lies. The Social Consequences of Preference Falsification, Cambridge, MA 1997.

sich in der Vorbereitung vor allem auf Informationen des Geheimdienstes FSB verlassen habe, die sich als falsch herausstellen sollten, und so das Militär in einen Krieg verwickelt habe, der nicht zu gewinnen sei. Historisch gesehen gilt das russische Militär als unpolitisch. 1917 sowie zwischen 1991 und 1993 wurde es gegen seinen Willen von zivilen Eliteakteuren in politische Auseinandersetzungen verwickelt, als ein Staatskollaps kurz bevorstand.<sup>52</sup> Eine der zentralen Strategien Putins, um einen Putsch von vornherein zu unterbinden, besteht darin, die Konkurrenz zwischen Militär, einer Vielzahl von Sicherheitsdiensten und paramilitärischen Einheiten zu befördern, die über teils überlappende Kompetenzen verfügen, sich aber auch wechselseitig kontrollieren. Diese Konkurrenz erschwert ein koordiniertes Vorgehen, wie es für einen Putsch unerlässlich wäre. Die Aufteilung der Waffengewalt auf verschiedene Organe sorgt dafür, dass ein Staatsstreich von einer rivalisierenden Behörde gewaltsam niedergeschlagen werden könnte. Der militärische Abschirmdienst des Inlandsgeheimdienstes FSB ist in die Armee eingegliedert, nicht nur um Deserteure ausfindig zu machen, sondern auch um jeglichen Widerstand aus dem Militär heraus zu unterbinden. Zuständig für die Sicherheit des Präsidenten ist der Föderale Schutzdienst FSO, der vom loyalen Dmitrij Kotschnew geleitet wird und der auch die Kontrolle über die verschlüsselte Regierungskommunikation innehat, die Putschisten erst einmal an sich reißen müssten. Viele ehemalige Leibwächter Putins profitieren von der langjährigen Nähe zu ihm und nehmen inzwischen Schlüsselpositionen im Staat ein. So gründete Putin 2016 eine Nationalgarde, deren Truppen aus dem Innenministerium ausgegliedert wurden. Geleitet wird sie von Putins ehemaligem Leibwächter Wiktor Solotow.

Eine weitere Strategie, um sich gegen einen Staatsstreich abzusichern und hochrangige Offiziere im Verteidigungsministerium, aber auch die Feldkommandeure an das Regime zu binden, ist Korruption. Die oberen Ränge im Inlandsgeheimdienst FSB sind vorwiegend von über sechzigjährigen Generälen besetzt, deren Kinder von der elterlichen Patronage profitieren und inzwischen vielfach selbst wichtige Posten in Staat und Wirtschaft einnehmen. Diese dynastische Bindung von Schlüsselakteuren ist ein weiterer Grund, warum ein Bruch mit dem Regime für die Silowiki<sup>53</sup> so unwahrscheinlich ist. Zuletzt hätten Putschisten aus Militär und Sicherheitsorganen auch eine zivile Regierung zu installieren, die dann bei den nächsten Wahlen bestehen müsste. Aufgrund der Regimepersonalisierung und der von Putin gezielt erzwungenen Alternativlosigkeit seiner Person fehlen potenzielle Gegeneliten, mit denen Umstürzler koalieren könnten.

Dies muss nicht heißen, dass ein Coup gegen Putin völlig unmöglich ist. Der Politikwissenschaftler Grigorij Golosow argumentiert, dass gerade die Fragmentierung der Dienste die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass vereinzelte Akteure ein größeres Risiko eingehen

---

<sup>52</sup> Brian D. Taylor, *Politics and the Russian Army. Civil-Military Relations, 1689–2000*. Cambridge 2003, Kap. 8.

<sup>53</sup> Als Silowiki werden im russischen Staat Personen in Uniform bezeichnet, die meist bewaffnet sind oder anderweitig, etwa qua Strafrecht, Macht durch Gewaltanwendung ausüben. Hierzu gehören die Armee, die Nationalgarde und die Nachrichtendienste, aber auch die Staatsanwaltschaft. Die Bezeichnung bezieht sich sowohl auf jene, die aktuell in diesen Behörden im Dienst sind, aber auch auf Ehemalige, die nun in der zivilen Staatsverwaltung tätig sind. Vor allem in der ersten und zweiten Amtszeit von Wladimir Putin hat die Anzahl von Silowiki in Staatsämtern stetig zugenommen. Der Aufstieg der Silowiki und ihr überproportional großer Einfluss in Politik und Wirtschaft wird als eine der Ursachen für die Entwicklung zum Autoritarismus angesehen, da sie aufgrund ihrer distinkten Weltanschauung dafür eintreten, dass Russland nach innen repressiv und nach außen militärisch aggressiv regiert wird.

und, sollte das Wagnis gelingen, den Autokraten beseitigen.<sup>54</sup> Dafür gibt es allerdings bisher nicht die geringsten Anzeichen.

### Die Eliten bleiben loyal

Angesichts der Tatsache, dass die Entscheidung für den Krieg im engsten Kreis gefällt und die russische Elite davon überrascht wurde, gilt es zu erklären, warum sich seit Februar 2022 so wenig Akteure aus den Eliten vom Regime losgesagt haben (sogenannte elite defections). Eine einfache Erklärung dafür könnte sein, dass die Elite den Krieg mitträgt, obwohl sie größtenteils nicht gefragt wurde und der Krieg merkliche Einbußen mit sich bringt. Vor allem für die Entscheidungsträger in Militär und Sicherheitsorganen, die ähnlichen Alterskohorten wie Putin angehören, gilt, dass sie seine ideologisch verbrämten, aus imperialistischen und verschwörungstheoretischen Versatzstücken zusammengesetzten Überzeugungen weitestgehend teilen. Aber auch viele Jüngere sind nationalpatriotisch eingestellt und agieren nach dem Motto »Ich bin mit dem Vaterland, egal was es kosten mag«. Dennoch lassen Insiderberichte und auch einige prominente Fälle von hochrangigen Staatsbediensteten, die sich ins Ausland abgesetzt haben, darauf schließen, dass insbesondere in der zivilen Bürokratie die Unzufriedenheit mit dem Krieg groß ist oder zumindest kein hurrapatriotischer Eifer an den Tag gelegt wird. Zu den wenigen, öffentlich bekannt gewordenen Personen, die sich vom Regime losgesagt haben, gehören Putins langjähriger Weggefährte Anatolij Tschubajts, der Diplomat der Genfer Vertretung Russlands Boris Bondarjew sowie einige hochrangige Manager etwa von [Seite 53] Gazprombank oder Aeroflot. In den nichtorthodoxen Kirchen kam es ebenfalls zu Abspaltungerscheinungen. So gingen sowohl der Moskauer Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt und der Oberste Lama der einzigen buddhistischen Region Russlands, Kalmückien, Telo Tulku Rinpoche, ins Exil. Auch einige Journalisten, die für staatspropagandistische Medien tätig gewesen waren, oder bekannte Theaterregisseure, Musiker, Künstler, die noch vor Kriegsbeginn mit staatlichen Einrichtungen kooperiert hatten, sprachen sich gegen den Krieg aus und emigrierten. Einige wurden prompt in die Liste der ausländischen Agenten aufgenommen. Bemerkenswert war die Abkehr vom Regime unter den Dollarmilliardären, von denen sich zu Anfang des Krieges einige für sofortige Verhandlungen aussprachen. Dutzende setzten sich ins Ausland ab, fünf Magnaten legten sogar ihre russische Staatsbürgerschaft ab. Dies löste jedoch zu keinem Zeitpunkt Kaskadeneffekte aus, welche die Funktionsfähigkeit des Staates oder gar die Regimestabilität bedroht hätten.

In Bezug auf die Wirtschaftsmagnaten bestätigt sich, was die Forschung schon für die Periode nach 2014 herausgefunden hat: Sie sind primär an der Bewahrung ihres Vermögens interessiert und verfolgen dazu unterschiedliche Strategien, zu denen es allerdings nicht gehört, sich gemeinsam gegen Putin zu wenden, um die Ursache ihrer Verluste zu beseitigen.<sup>55</sup> Diejenigen, die in Russland verblieben, profitieren ganz im Gegenteil von den Marktlücken, die westliche Unternehmen hinterlassen haben, und werben in der Hoffnung auf staatliche

---

<sup>54</sup> Grigorij Golosov, »No Collapse for You«, in: Riddle Russia, 10. 11. 2022; online unter: <https://ridl.io/no-collapse-for-you/>.

<sup>55</sup> David Siegel, »From Oligarchs to Oligarchy. The Failure of U.S. Sanctions on Russia and Its Implications for Theories of Informal Politics«, in: World Affairs 185 (2022), 2, S. 249–284.

Subventionen und die Umverteilung von Eigentum um Putins Gunst. Dass nur wenige Bürokraten der zivilen Exekutive den Staatsdienst verließen, hat mehrere Gründe. Erstens setzt eine Karriere im Staatsdienst eine Reihe von moralischen Kompromissen voraus. Erfolgreiche Technokraten sind deswegen darin geübt, sich an neue Umstände anzupassen, unabhängig davon, wie sie diese persönlich bewerten. Sie sind Macher, die auf die Anwendung ihrer Fachkenntnisse aus sind. Aufgrund fehlender Exit-Optionen im Ausland und mangels akzeptabler Alternativen im Inland würde ein Rücktritt wahrscheinlich das Karriereaus bedeuten.<sup>56</sup> Ein zweiter Grund ist, dass der Kreml den Bürokraten, im Unterschied zu gewöhnlichen Staatsbürgern, zunehmend die Ausreise aus Russland verweigert<sup>57</sup> und Entlassungen aus dem Staatsdienst zu verhindern versucht. In einer Rede hat Putin freiwillige Rücktritte mit Nationalverrat verglichen [Seite 54] und Repressionen angedroht.<sup>58</sup> Drittens schließlich zeigt die vergleichende Literatur, dass Eliten sich immer dann gehäuft vom Regime lossagen, wenn diesem die Ressourcen ausgehen, um sie mit Bestechungsgeldern zufriedenzustellen.<sup>59</sup> Im Umkehrschluss heißt dies, dass das Regime trotz Krieg bisher noch über genügend Ressourcen verfügt, um sich die Loyalität funktionaler Eliten zu erkaufen. So hob der Kreml beispielsweise die Pflicht zur Veröffentlichung von Einkommenserklärungen auf, was als eine Lizenz für Eliteakteure gesehen werden kann, sich ohne Prüfung der Öffentlichkeit bereichern zu können. Gleichzeitig funktioniert der Krieg auch wie ein Karrierelift für diejenigen, die sich dem Regime als nützlich erweisen.

### **Säuberungsaktionen und Kaderrotationen bleiben aus**

Ein weiteres Anzeichen dafür, dass die Vulnerabilität Putins ein Jahr nach Kriegsbeginn gering bleibt, ist das Ausbleiben politisch motivierter Säuberungen unter den Eliten oder von gehäuften Kaderrotationen, die auf fundamentale Politikwechsel hindeuten würden. Die vergleichende Forschung zu Säuberungen in autoritären Regimen stellt fest, dass Diktatoren vor allem dann Eliteakteure gewaltsam beseitigen, wenn die herrschende Koalition verkleinert werden soll, damit die verbleibende Elite mehr Ressourcen abschöpfen kann, oder wenn sie von diesen eine existenzielle Bedrohung für das eigene Regime befürchten.<sup>60</sup> Dieser Logik folgend bedeutet das Ausbleiben von Säuberungen, dass Putin in der Eigenwahrnehmung noch über genügend Ressourcen verfügt und im inneren Zirkel keine Gefahren für seine Herrschaft sieht. Charakteristisch für den exzessiven Personalismus und die schlechte Regierungsführung ist, dass Fehlinformationen, wie sie sich der Inlandsgeheimdienst FSB bei der Kriegsvorbereitung geleistet hat, sowie Korruption oder verfehlte Zielvorgaben keineswegs Anlässe für Säuberungen liefern. Lediglich offene Loyalitätsverweigerung wird streng bestraft.

---

<sup>56</sup> Alexandra Prokopenko, »Moral Career. Why Are Russia's Technocrats Silent on the War?«, in: Carnegie Politika, 12. 10. 2022; online unter: <https://carnegieendowment.org/politika/88143>.

<sup>57</sup> O.A., »High-Ranking Russian Officials Face Travel Ban«, in: The Bell, 11. 4. 2023; online unter: <https://en.thebell.io/high-ranking-russian-officials-face-travel-ban/>.

<sup>58</sup> Alexandra Prokopenko, »A Year of War Has Left Russia's Elites Anchorless and Atomized«, in: Carnegie Politika, 15. 3. 2023; online unter: <https://carnegieendowment.org/politika/89271>.

<sup>59</sup> Adrián del Río, »The Kremlin and Elites in Times of War«, in: The Conversation, 12. 1. 2023; online unter: <http://theconversation.com/the-kremlin-and-elites-in-times-of-war-196317>.

<sup>60</sup> Stan Hok-Wui Wong / Kelvin Chun-Man Chan, »Determinants of Political Purges in Autocracies. Evidence from Ancient Chinese Dynasties«, in: Journal of Peace Research 58 (2021), 3, S. 583–598.

Würde Putin auf häufige Kaderrotationen zurückgreifen, so spräche das für gestiegene Vulnerabilität. Autoritäre Herrscher tauschen Eliten vor allem dann aus, wenn diese ihre Pfründe nutzen, um sich eine eigene, vom Autokraten unabhängige Machtbasis zu schaffen. Gelingt es Autokraten, ohne häufige Rotationen auszukommen, trägt dies zur Langlebigkeit ihrer Regime **[Seite 55]** bei.<sup>61</sup> Zu Kriegsbeginn wurden wichtige Ernennungen und Entlassungen eingefroren, denn diese erfordern eine Vielzahl von Konsultationen zwischen Behörden und Interessengruppen, und Putin als Moderator war völlig vom Krieg absorbiert. Erst im späten Frühling wurden diese Prozesse entriegelt. Allerdings handelte es sich dabei keineswegs um ein sich schnell drehendes Kaderkarussell, sondern um vereinzelte Neujustierungen, die keine Rückschlüsse darauf ziehen lassen, dass sich Putin bedroht fühlte. Ende Mai ernannte er Alexandr Kurenkow zum neuen Minister für Katastrophenschutz, die Position war zuvor neun Monate vakant geblieben. Mitte Juli unternahm Putin eine Reihe von Umstellungen in der Regierung: So wurde der Minister für Industrie und Handel Denis Manturow, der insbesondere für Importsubstitutionen zuständig ist, zum Vizepremierminister befördert. Ende September entließ Putin den Vizeverteidigungsminister Dmitrij Bulgakow, der für die schlechte Versorgung der Armee verantwortlich gemacht wurde. Anfang Dezember 2022 schließlich gab der langjährige Putin- Vertraute Alexej Kudrin bekannt, dass er die Leitung des Rechnungshofs aufgeben, um an die Spitze des russischen Technologiekonzerns Yandex zu wechseln und für dessen Überführung in die russische Jurisdiktion zu sorgen. In allen Fällen dauerte die Abstimmung mindestens mehrere Monate.

Die Militärführung stellt allerdings eine Ausnahme dar: Putin tauschte mehrfach die Oberkommandeure in der Ukraine aus und wechselte die Befehlshaber in den vier Militärbezirken Russlands beziehungsweise den vier Einsatzgruppen in der Ukraine. Dies geschah allerdings nicht aus einer Position der innenpolitischen Vulnerabilität heraus, sondern auf der Suche nach der richtigen Strategie zum militärischen Erfolg. Die Rotationen zeugen davon, dass es im personalistischen Regime einen Zielkonflikt zwischen Kompetenz und Loyalität gibt: Kompetente Militärführer stellen immer auch eine Gefahr für den Autokraten dar, vorwiegend loyale Kader unterminieren den Erfolg auf dem Schlachtfeld. In der Vergangenheit waren Strafverfahren das präferierte Mittel, um Elitekonflikte zu lösen. 2022 wurden vor allem alte Gerichtsprozesse zum Abschluss gebracht, wie etwa der Fall der beiden Magomedow-Brüder oder die Anklage gegen den Rektor der Präsidialakademie für Volkswirtschaft und Staatsverwaltung Wladimir Mau. Neue große Verfahren, die auf eine Einschüchterungskampagne hindeuten könnten, wurden dagegen bisher nicht eingeleitet, und die zahlreichen mysteriösen Mordfälle konnten noch nicht aufgeklärt werden.<sup>62</sup> Das muss nicht heißen, dass dies im weiteren Kriegsverlauf so bleiben wird. Eine neue Re- **[Seite 56]** pressionswelle gegen Schlüsselakteure in der Elite wäre zumindest ein Indikator dafür, dass die Vulnerabilität Putins zugenommen hat.

## Schlussfolgerungen

---

<sup>61</sup> Ilia Nadporozhskij, »Influence of Elite Rotation on Authoritarian Resilience«, in: Democratization (2023); online unter: <https://doi.org/10.1080/13510347.2023.2186401>.

<sup>62</sup> Cameron Peters, »Russian Businessmen Keep Dying. No One Knows Why«, in: Vox, 14. 10. 2022; online unter: <https://www.vox.com/world/2022/10/14/23388516/russian-businessmen-oligarchs-putin-mysterious-deaths-windows>.

Derzeit sind eine weitere Fragmentierung der Eliten Russlands, eine Verschlechterung der Regierungsführung sowie eine auf die Dauer verminderte Anpassungsfähigkeit und damit erhöhte Fehleranfälligkeit des autoritären Regimes zu beobachten. Allerdings spricht vieles dafür, dass dieser Verfall gradueller Natur ist und aufgrund der multiplen Resilienzen des Regimes verhältnismäßig lang andauern und sich sogar in ein neues Gleichgewicht einpendeln könnte. Eine Niederlage im Krieg, wie auch immer diese ausfällt und von Putin rhetorisch ausgelegt wird, muss nicht unbedingt der wichtigste kritische Wendepunkt sein, mindestens ebenso entscheidend bleibt Putins Gesundheitszustand.<sup>63</sup> Vieles deutet darauf hin, dass Putins Risiko, kurz- bis mittelfristig innenpolitisch in ernsthafte Gefahr zu geraten, gering bleibt, möglicherweise sogar im Falle einer Niederlage.

Letztendlich offenbart der Krieg aber das Paradox personalistischer Herrschaft: Putin argumentiert, es wäre richtig gewesen, die »militärische Spezialoperation« zu lancieren, weil sie die Schwächen im Militär ans Tageslicht gebracht habe und Russland mit ihr einem größeren, von den USA und der NATO angezettelten Krieg gegen Russland zuvorgekommen sei. Er gesteht temporäre Schwächen und Kollateralschäden ein, die jedoch das finale Ziel rechtfertigen, Russland als starken Staat und globalen Player zu erhalten, was Putin zu seiner historischen und zivilisatorischen Mission erhebt. De facto verhält es sich aber genau umgekehrt: Derzeit erscheint Putins Regime noch verhältnismäßig stark, weil es einen langen Krieg in Europa begonnen hat und die Ukraine täglich terrorisiert. In Russland wird der Krieg normalisiert, er dringt zusehends in alle Poren der Gesellschaft vor und militarisiert diese nach und nach. Innenpolitisch steht Putin nach wie vor ungefährdet da. In langfristiger Perspektive scheint aber schon jetzt offensichtlich, dass der Krieg Putins größter Fehler war und zur dauerhaften Schwächung seines Regimes und Russlands als Ganzes beitragen wird.

*Fabian Burkhardt ist vergleichender Politikwissenschaftler am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung und Associate Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.*

*burkhardt@ios-regensburg.de*

---

<sup>63</sup> Im Fall eines vorzeitigen natürlichen Todes wäre am wahrscheinlichsten, dass ein neues autoritäres Regime entsteht und eine Demokratisierung ausbleibt. Siehe Andrea Kendall-Taylor / Erica Frantz, »When Dictators Die«, in: Journal of Democracy 27 (2016), 4, S. 159–171.